

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 181-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.909

Eingereicht am: 04.09.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Überarbeitung des Aufsichtsrechts – Verschärfung des Kindesschutzes

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Aufsichtsrecht im Bereich der Angebote zur sozialen Integration zu überarbeiten und im Bereich des präventiven Kinderschutzes zu verschärfen:

1. Die aufsichtsrechtlichen Standards sind auf kantonaler Ebene zu regeln und zu überprüfen.
2. Die aufsichtsrechtlichen Standards sollen sich an nationalen Standards der entsprechenden Standesorganisationen ausrichten.
3. Der Kanton schafft eine Meldestelle für Verdachtsfälle im Bereich Übergriffe.
4. Der Kanton unterstützt Organisationen im Bereich Kinderbetreuung und Jugendarbeit in der Präventionsarbeit.

Begründung:

Die Verordnung der Angebote zur sozialen Integration teilt im Bereich Aufsicht sowohl den Gemeinden wie auch dem Kanton Aufsichtsfunktionen zu. Diese Aufsplitterung führt zu Unklarhei-

ten. Hinzu kommt, dass die Gemeinden im Bereich der Aufsicht oft personell und fachlich überfordert sind.

Die aufsichtsrechtlichen Standards sollen sich immer am Kindeswohl orientieren. Der Kanton Bern soll sich an den neusten nationalen Standards orientieren, die die Branchenorganisationen empfehlen (vgl. z. B. kibesuisse).

Zum Schutz des Kindeswohls erfüllen Meldestellen für Verdachtsfälle eine ganz wichtige Rolle. Das Führen einer Meldestelle macht vor allem für kleinere Gemeinden organisatorisch keinen Sinn. Deshalb soll der Kanton hier aktiv werden.

Hinschauen und aktiv werden, bevor etwas passiert, muss der Leitsatz im Bereich Prävention sein. Der Kanton soll Gemeinden, Kinder- und Jugendorganisationen im Bereich der Präventionsarbeit stärker unterstützen, als er dies bisher getan hat.